



Wie US-Präsident Barack Obama zu Beginn des Wahljahres 2012 seine Wahlkampfstra- tegie profiliert

von

Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss: 5. April 2012

In den ersten Monaten des Wahljahres 2012 gingen Präsident Obama und seine Mitstreiter in der politischen Auseinandersetzung mit den Präsidentschaftsbewerbern der Republikanischen Partei in die Offensive: Am 5. Januar verkündete Obama eine neue Militärstrategie der USA, am 26. Januar unterbreitete sein Verteidigungsminister Panetta den Militärbudgetvorschlag, am 24. Januar entwickelte Barack Obama in seiner „Rede zur Lage der Nation“ die Vision von einer solidarischen USA-Nation und am 13. Februar erläuterte Präsident Obama in einer Rede am Northern Virginia Community College in Annandale, Bundesstaat Virginia den Regierungsbudgetentwurf für 2013, verbunden mit dem Haushaltplan bis zum Jahr 2021.

In all diesen höchst verschiedenartigen Reden und Auftritten von US-Präsident Barack Obama sowie seinen beiden Ministern Hillary Clinton und Leon Panetta dominiert eine Gemeinsamkeit: Die Profilierung der Wahlkampfstrategie unter der Losung „Operation zur Wiederwahl 2012“ mit zwei Zielsetzungen: Erstens die zweite Amtszeit für Obama zu sichern, und zweitens die Verwirklichung seiner Vision zu ermöglichen, den völlig ruinierten, hoch defizitären Staatshaushalt der USA zu sanieren und auf diese Art und Weise für das ganze Land eine gesicherte Zukunft zu gestalten. Triumphieren will Obama in der politischen Auseinandersetzung mit den vier verbliebenen Gegenkandidaten der Republikanischen Partei bei der Präsidentschaftswahl am 6. November 2012: Mitt Romney, Rick Santorum, Newt Gingrich und Ron Paul.

Mit einem großen, zum Teil völlig neuen Wahlkampf- und Beraterteam sowie mit einer produktiven Wahlkampfzentrale in Chicago bemüht sich Obama auf vielen Feldern der Außen-, Sicherheits- und Innenpolitik zu demonstrieren, dass sein Kurs richtig und erfolgversprechend ist.

In den Mittelpunkt stellt er die Erhaltung der Vormachtstellung der USA in der Welt, die Ankurbelung der Wirtschaft, die Senkung der Arbeitslosigkeit als zentrales soziales Problem der US-Gesellschaft, die Sanierung der Staatsfinanzen mit dem großen Ziel der Beherrschung und Reduzierung der Staatsschulden, die Erweiterung der Investitionstätigkeit in den Bildungseinrichtungen, die Modernisierung Amerikas veralteter Infrastruktur, besonders der Straßen und

Schienen, und schließlich den Kurs des sozialen Ausgleichs in der US-Bevölkerung.

Er wolle „Amerikas Mittelklasse eine faire Chance geben“. Einen Teil der Staatsausgaben will er durch eine Sondersteuer für Einkommensmillionäre finanzieren.

Zur neuen Militärstrategie

Am 5. Januar 2012 präsentierte Präsident Barack Obama auf einer Pressekonferenz, die demonstrativ aus dem Weißen Haus ins Pentagon verlegt worden war, eine neue Militärstrategie für sein Land. Zu Beginn des Wahljahres 2012 - zum richtigen Zeitpunkt - musste eine Neuorientierung in der Militärpolitik auch in den Wahlkampf eingeordnet werden.

Diese neue Strategie ist der Versuch zwei Probleme, die ursächlich zusammenhängen, zu lösen:

Einerseits - unter den veränderten internationalen Bedingungen die Hegemonialmacht der USA zu gewährleisten und neue Möglichkeiten für die Expansion des us-amerikanischen Kapitals zu erschließen und **andererseits** damit einen Beitrag zur Lösung der innenpolitischen Probleme zu leisten.

Offensichtlich verband er damit aber auch eine Unterstützung für seinen erst vor kurzem berufenen Verteidigungsminister Leon Panetta, indem er vor allem die, aus seiner politischen Strategie abgeleiteten Prioritäten für die US-Streitkräfte neu definierte. Für den Chef des Pentagon ist dies eines der Fundamente dafür, den Militärhaushalt als einen gewichtigen Teil des US-Gesamtstaatshaushaltes 2012/2013 neu festzuschreiben und ihn haushaltpolitisch in das Sparkonzept des Präsidenten einzuordnen.

Nicht zuletzt wurde Präsident Barack Obama durch die Wahlniederlagen der Demokraten bei den Zwischenwahlen vom November 2010 und den damit verbundenen Kräfteverschiebungen im Kongress zu Gunsten der Republikaner (Eroberung der Mehrheit im Repräsentantenhaus und Übernahme des Sprecherpostens) dazu gezwungen. Er demonstrierte, dass er auf militärischem Gebiet keineswegs Positionen eines Weich-Ei-Politikers beziehe, wie einige Republikaner behaupteten, sondern als Oberster Militär sämtlicher Streitkräfte der USA auch grundlegende Wandlungen in der Mili-

tärstrategie vorschlagen, begründen und mit Unterstützung durch den Kongress durchsetzen werde.

Bei der Definition der neuen Militärstrategie stützte sich Präsident Obama auf zwei Losungen: „*Wir werden schlanker, aber bleiben überlegen*“ und „*Nach einem Jahrzehnt des Krieges schlagen wir ein neues Kapitel auf*“. Darunter verstand er, dass es langfristige Einsätze mit starker Truppenpräsenz, wie das in der Vergangenheit im Irak und gegenwärtig noch in Afghanistan der Fall ist, nicht mehr geben soll. In Zukunft müssten die USA mit einer kleineren Armee auskommen. In diesem Sinne rückte Präsident Obama von der in den USA bisher eingenommenen Prämisse ab, das Land müsse auch zu gleicher Zeit zwei große Kriege führen können. Das führte dazu, dass die beschlossenen Militärbudgets den Gesamthaushalt überforderten und deshalb in den letzten Jahren die kriegerischen Handlungen im Irak und in Afghanistan mit Hilfe eines Zusatzhaushaltes finanziert werden mussten. Die Staatsschulden wurden dadurch immer größer und waren für die Gesamtlage des Landes kaum mehr zu verkraften, für die Gesamtpolitik geradezu gefährlich. Im Sommer 2011 wurde zwar das Schuldenlimit angehoben, aber automatisch mussten Republikaner und Demokraten zusammen enorme Kürzungen beschließen, die noch 2012 in Kraft treten, sollte sich der Kongress nicht auf einen langfristigen Plan zur Sanierung des US-Bundeshaushaltes einigen. Ein Kahlschlag wäre derart radikal, dass Verteidigungsminister Panetta verzweifelt anmahnte, den Automatismus durch einen langfristigen Plan zu ersetzen. Die Haushaltskrise zwingt die US-Armee zum Sparen.

Trotzdem wollen die USA im Jahr 2012 noch 662 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke ausgeben, das ist fast jeder fünfte Dollar des US-Staatshaushaltes. Die USA allein finanzieren damit mehr als ein Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben.

Die neue Militärstrategie der USA zeichnet sich 2012 vor allem dadurch aus, dass sie ganz gezielt auf den asiatisch-pazifischen Raum ausgerichtet ist. Im Vordergrund steht, die US-Präsenz im Pazifik zu stärken. Dieses Konzept wird schon seit 2009 systematisch vorbereitet und soll nun in die Praxis umgesetzt werden.

Einer der Hauptgründe für die USA, neue Entwicklungen strategischer Natur auf den Gebieten Militär und Streitkräfte weltweit an-

zugehen, ist untrennbar mit der rasanten Modernisierung der chinesischen Streitkräfte verbunden. Genau vor einem Jahr stellten chinesische Militärspezialisten einen eigens von ihnen produzierten Stealth-Kampffjet vor – viel früher, als es die Amerikaner erwartet hatten. Zugleich hat China seit 2006 Dutzende Zerstörer, Fregatten und U-Boote in den Dienst gestellt. Ein ehemals sowjetischer Flugzeugträger wurde gekauft, modernisiert und zu einer ersten Testfahrt zu Wasser gelassen. Besondere Aufmerksamkeit erregte eine chinesische Rakete mit der Bezeichnung Dongfeng-210. Sie soll in der Lage sein, große Schiffe mit einem Schlag zu versenken, ohne dass eine Gegenwehr möglich wäre. Die Volksrepublik China hat inzwischen auch ein Satellitensystem im Weltall stationiert. Es soll in der Lage sein, militärische Flugkörper ebenso präzise ins Ziel zu lenken wie das entsprechende US-amerikanische System.

Die neue Militärstrategie der USA wird von chinesischen Experten für Verteidigung als eine Herausforderung empfunden. Shi Yinghong, Professor für internationale Beziehungen an der Volksuniversität Peking, erklärte, dass es sich damit um keinen normalen Schritt handele. Hinter dem „historischen Strategiewechsel“ der USA stünden nicht nur knappe Kassen und zu hohe Kriegsausgaben, sondern auch „der Aufstieg Chinas und die Stärkung des chinesischen Militärs“. Das US-Militär bewege sich ostwärts. (siehe: neues deutschland vom 8. Januar 2012, S. 7, im Artikel von Andreas Landwehr „Pentagon justiert Militärmaschine“)

Nach seinem Machtantritt konzentrierte sich der neue US-Präsident Barack Obama, den Fernen Osten betreffend, auf zwei Vorhaben:

Erstens auf qualitativ neue Entwicklungen in den Beziehungen USA/ Volksrepublik China. Er hoffte, dass ihm seine erste Asien-Tour mit den vier Stationen Tokio, Singapur, Peking und Seoul dazu viele Anregungen bringen würde.

Und **zweitens** galt es, bestimmte Rückstände aufzuholen, nämlich sich einen Überblick zu verschaffen, wie es um die trilateralen Beziehungen zwischen Russland, Indien und China und ihre Kooperationen auf wichtigen Gebieten in der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik bestellt ist.

Zum ersten Aspekt: Die beiden Großmächte USA und China haben mehrfach erkennen lassen, dass sie sich gegenseitig brauchen, gegenseitig ihre Probleme verstehen, aufeinander zugehen können und dabei sind, qualitativ neuartige Beziehungen in verschiedenen Richtungen auf- und auszubauen. Dies wurde u. a. dadurch deutlich, dass Außenministerin Hillary Clinton ihre erste Auslandsreise als eine Charme-Offensive nach China verlegte. Außerdem sind 2009 beide Präsidenten im April in London und im September in Pittsburgh auf den Weltfinanzgipfeltreffen zusammen gekommen und haben sich öffentlich verständigt, dass allein konstruktive Kooperation als Hauptinhalt die Beziehungen zwischen beiden Ländern im 21. Jahrhundert bestimmen sollten.

China ist für die USA auch deswegen so besonders wichtig, weil es für viele seiner Nachbarn im pazifischen Raum im Kampf gegen die verheerenden Wirkungen und Folgen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise als eine verlässliche ökonomische Wachstumskraft echte Unterstützung und Hilfe geleistet hat. China förderte Wirtschaftskooperationen, ohne auf politische Vorbedingungen zu bestehen. 166 Freihandelsabkommen sind in der Region bereits abgeschlossen worden, und über weitere 62 wird gegenwärtig noch verhandelt. In Asien verflechten sich Volkswirtschaften und Unternehmen immer mehr, und China ist außerordentlich aktiv an diesem Prozess beteiligt. Die westlichen Industrieländer spielen dabei immer weniger eine Rolle. Damit entwickelt sich eine ernst zunehmende Konkurrenz für die USA in dieser Region.

Zum zweiten Aspekt: Die G 20-Bewegung lebt nicht nur von großen Gipfeltreffen aller Mitglieder, sondern auch von ganz speziellen und gezielt ausgerichteten produktiven Aktionen einiger weniger Staaten, besonders auf dem Gebiet der Außenpolitik. Vorbildliche Beispiele dafür liefern seit einigen Jahren die drei Staaten Russland, Indien und China.

„Sich reckende Riesen“ überschrieb bereits am 28. Oktober 2009 der in New Delhi wirkende ND-Korrespondent Hilmar König einen interessanten und Aussage starken Bericht zur damals bereits neunten Tagung der Außenminister Indiens, Chinas und Russlands über trilaterale, regionale und globale Fragen. Es werden Ergebnisse eines 'produktiven' Gesprächs als Beleg für gemeinsame, überein-

stimmende, programmatische, strategische Positionen von drei tatsächlichen Riesen auf dem internationalen Parkett beschrieben.

Im Kommuniqué zum Abschluss dieses Außenministertreffens hieß es, dass der indische Außenminister Somanahalli Mallaiah Krishna und seine Amtskollegen Sergej Lawrow und Yang Jiechi aus Russland und China die Notwendigkeit unterstrichen hätten, in den globalen Wirtschaftsstrukturen eine ausbalancierte Repräsentation von Schwellen- und Entwicklungsländern sowie von aufstrebenden Märkten zu gewährleisten. Ziel der Strukturreformen der internationalen Finanzinstitutionen müsse eine gerechte Verteilung der Stimmen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern sein. Die Vereinbarungen der G-20 auf dem Weltfinanzgipfeltreffen in Pittsburgh begannen hier bereits konkrete Gestalt anzunehmen.

Auf einer Pressekonferenz berichtete der indische Außenminister Krishna über erfolgreiche und koordinierte gemeinsame Aktionen gegen „Terrorismus und transnationale Verbrechen“. Der chinesische Außenminister Yang verlangte eine „gerechtere Weltordnung und mehr Demokratie in den internationalen Beziehungen“. Und der russische Außenminister Lawrow stellte fest, dass die drei Forum-Partner „übereinstimmende Auffassungen zu diplomatischen Methoden bei der Regelung der Situation auf der koreanischen Halbinsel und des Nuklear-Programms Iran haben“. In den geschilderten Ereignissen widerspiegeln sich die in den letzten Jahren vor sich gegangenen enormen quantitativen und qualitativen Wandlungen in der Weltwirtschaft zugunsten Asiens.

Lawrow hob hervor, das „RIC-Format“ - wie sich zu diesem Zeitpunkt der informelle Staatenverbund noch nannte - inzwischen ein wichtiger Faktor beim Aufbau einer multipolaren Weltstruktur geworden.

Diese Entwicklung hat sich fortgesetzt und nachdem sich Brasilien und Südafrika diesem Bund angeschlossen haben spricht man heute bereits achtungsvoll von den BRICS-Staaten. Sie repräsentieren über 40 Prozent der Weltbevölkerung, verfügen über rund ein Viertel der Landmasse des Planeten und weisen bemerkenswerte Wirtschaftswachstumsraten auf.

Im März 2012 kamen die Staats und Regierungschefs der Länder in Neu-Delhi zu ihrem vierten Gipfeltreffen zusammen. Unter dem Motto „Partnerschaft für globale Stabilität, Sicherheit und Prosperität“ wird Indien für ein Jahr den Vorsitz der Staatengruppe übernehmen. (Junge Welt 29.03.2012)

Verständlich, dass solche Prozesse Beunruhigung in Washington hervorrufen müssen, sind sie doch ein eindeutiger Beleg dafür dass die unipolare Welt unter der Ägide der USA mehr und mehr einer multipolaren Welt Platz machen wird.

Am 26. Januar 2012 stellte der Verteidigungsminister Leon Panetta den Haushaltplan des Pentagon für 2012/2013 vor.

Alle Berichterstatter sämtlicher Medien der USA waren sich über die eigentlichen Zielsetzungen von Minister Leon Panetta einig, dass ihn nämlich die gegenwärtige Finanznot der Obama-Regierung nur zu einer vorübergehenden „Militär-Schrumpfkur“ zwingt, aber weltweit die USA die stärksten Streitkräfte behalten müssten, „die jeden Gegner überall und zu jeder Jahreszeit besiegen“ können.

Der von Minister Panetta vorgestellte Plan sieht im Kern Folgendes vor:

- Verteidigungsausgaben:

Sie sollen in den kommenden zehn Jahren um 487 Milliarden Dollar sinken. Für das Haushaltsjahr 2013 ist eine Kürzung von neun Prozent geplant. Insgesamt sind 525 Milliarden Dollar für reguläre Ausgaben der US-Armee vorgesehen, hinzu kommen 88,4 Milliarden Dollar für Kampfeinsätze wie beispielsweise heute in Afghanistan.

- Aktives Heer:

Innerhalb von fünf Jahren soll es um 70 000 auf 490 000 schrumpfen.

- Marine-Infanterie:

Sie soll um 20 000 auf 82 000 verringert werden.

- Drohnenflotte:

Sie soll gestärkt werden. Der Bestand an unbemannten Flugzeugen allein des Pentagons soll in den nächsten Jahren um 30 Prozent steigen. Die Ausgaben des US-Militärs für die unbemannten Flugzeuge haben sich zwischen 2002 und 2011 von 550 Millionen

Dollar auf fast fünf Milliarden Dollar nahezu verzehnfacht. Dabei muss noch hinzugefügt werden, dass der Geheimdienst CIA über eigene Bestände an Drohnen verfügt, die z.B. in den Grenzgebieten Afghanistan/Pakistan zum Einsatz gebracht werden.

Olaf Standke von „neues deutschland“ schreibt am 1. Februar in seinem Kommentar „Ferngelenkte Exekutionen“: „Doch die Mär von den 'präzisen Angriffen' hat nichts mit der tödlichen Realität zu tun. Ganz davon abgesehen, dass es für diesen unerklärten Krieg keine völkerrechtliche Legitimität gibt.

Allein im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet sind nach Untersuchungen des Londoner Büros für investigativen Journalismus zwischen 2004 und 2011 bei rund 300 erfassten Angriffen über 2.300 Menschen ums Leben gekommen, darunter etwa 400 Zivilisten. Die konservative Denkfabrik 'New American Foundation' spricht in ihrem Report 'The Year of the Drone' sogar davon, dass jeder dritte Tote ein Zivilist sei.“

All das bleibt nicht ohne Einfluss auf das größte Militärbündnis die NATO, in dem bekanntlich die USA die Führungsrolle ausüben.

NATO will 2013 Einsatz ihrer Kampftruppen in Afghanistan beenden

Anfang Februar 2012 einigten sich die Verteidigungsminister der NATO-Länder bei einer Beratung in Brüssel darauf, Mitte 2013 den Einsatz ihrer Kampftruppen in Afghanistan zu beenden und die „Mission“ im Jahr 2014 abzuschließen.

Verteidigungsminister Leon Panetta teilte mit, dass die USA ein Ende des Einsatzes ihrer Kampftruppen am Hindukusch für 2013 vorsehen und auf eine „Ausbildungs- und Beraterrolle“ umschwenken könnten. Zugleich betonte Panetta, dass die auf dem NATO-Gipfel von Lissabon beschlossene Strategie zur Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Kräfte bis Ende 2014 „respektiert“ werde. Die Partnerländer seien gemeinsam nach Afghanistan gegangen und müssten es auch gemeinsam verlassen. Auch Frankreich hatte vor kurzem angekündigt, seine Kampftruppen bereits im Jahr 2013 und somit ein Jahr eher als bisher geplant aus dem Krisenland abzuziehen.

Derzeit sind noch 90 000 US-Soldaten am Hindukusch stationiert, bis zum Ende des Sommers sollen es noch 68 000 sein.

Tatsache ist aber auch, dass gleichzeitig ein spezielles Militärabkommen mit der Regierung in Kabul abgeschlossen wurde und die USA dabei sind einen ihrer größten Militärstützpunkte in Afghanistan aufzubauen, planmäßige Fertigstellung 2015.

Zur weiteren Truppenreduzierung der USA in Westeuropa

Nachdem Präsident Obama Anfang Januar 2012 die neue US-Militärstrategie begründet und als den künftigen geostrategischen Schwerpunkt der US-amerikanischen Streitkräfte den pazifischen Raum bezeichnet hatte, verdeutlichte sein Verteidigungsminister Leon Panetta am 12. Januar 2012 die Konsequenzen der neuen Strategie für Westeuropa. Er kündigte den Abzug von rund 7 000 Soldaten und eine weitere Reduzierung von 8 000 dienstleistenden Armeeangehörigen an.

Vom Umfang her ist das ungefähr eine doppelte Reduzierung gegenüber dem, was der Oberkommandierende der US-Armee in Europa, Mark Hertling, noch im Dezember 2011 angekündigt hatte.

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben die USA mit einer steten Truppenreduzierung ihre militärische Präsenz in Westeuropa, vor allem in der alten Bundesrepublik Deutschland, abgebaut. Im Jahre 1990 waren noch gut 200 000 US-Soldaten – das größte Kontingent in Westeuropa, praktisch mit dem Charakter einer Besatzungsmacht – in der BRD stationiert. Zehn Jahre später zählte man noch 70 000.

Nach wie vor sind in der BRD, in der Eifel – Raum Büschel, noch 22 us-amerikanische Atomwaffen stationiert. An ihren Abzug, eine Forderung eines breiten gesellschaftlichen Antikriegs- und Anti-atombündnisses, wird weder von den USA-Militärs noch von der Regierung der BRD gedacht.

Drei der vier US-Kampfverbände in Europa sind auf deutschem Boden stationiert:

- Baumholder: (4 500 US-Soldaten und 8 500 weitere Bedienstete und dazu Angehörige),
- Schweinfurth (1 800),
- Grafenwöhr (3 500, wobei in Schweinfurth und Grafenwöhr noch 25 000 nicht kämpfende Armeeangehörige und deren Familien leben) und Vilseck (4 500).

Der einzige US-amerikanische Kampfverband in Europa außerhalb Deutschlands befindet sich im italienischen Vicenza.

So ist es nicht verwunderlich, dass Deutschland von den gegenwärtig vorgesehenen US- Truppenreduzierungen am stärksten betroffen ist und schon jetzt werden mögliche Auswirkungen auf Handel und Arbeitsmarkt beklagt. Die Unsicherheiten sind enorm, denn die US-Streitkräfte sind in den jeweiligen Regionen der größte Arbeitgeber.

Auch auf die US-Streitkräfte kommen einschneidende Veränderungen zu. Bis 2021 sollen gegenüber den bisherigen Etatplanungen umgerechnet mehr als 350 Milliarden Euro eingespart werden. (Stefan Sauer und Volker Schmidt „Bye-bye, good old Germany“, Berliner Zeitung, vom 14./15. Januar 2012, S. 8.)

Spezialisten auf den Gebieten Militär-Politik und Militär-Ökonomie erwarten auf dem NATO-Gipfel im Mai 2012 in Chicago weitergehende Diskussionen und Empfehlungen zur übergeordneten Problematik der Sicherheitspolitik des gesamten Westens. Präsident Obama hat mit der neuen Militärstrategie die Marschrichtung vorgegeben.

Andererseits hat seine Außenministerin Hilary Clinton auf der Sicherheitskonferenz in München im Januar 2012 sehr deutlich gemacht, dass die stärkere Orientierung der US-Militärstrategie auf die pazifische Region keinesfalls bedeutet, dass Washington seine Präsenz und seinen Einfluss im transatlantischen Raum verringern wird. Sie hat damit auch Auffassungen, die von Ischinger (Inhaltlicher Organisator der Münchner Sicherheits- Konferenz) und vom Minister für Verteidigung de Maizière vor der Konferenz und teilweise während der Konferenz über die Möglichkeiten einer wachsenden Rolle der BRD und ihrer Bundeswehr in den Sicherheitsfragen in dieser Region relativiert. Größere Rolle ja, aber immer schön als Juniorpartner der USA .

Rede von Präsident Obama „Zur Lage an die Nation“ - 24. Januar 2012.

In seiner „Rede an die Nation“ entwirft Präsident Barack Obama die „Vision einer solidarischen Nation USA“.

Als Vorbild für seine Vision hat er den vor hundert Jahren amtierenden Präsidenten Theodore Roosevelt gewählt, für den „menschliches Wohlergehen“ wichtiger gewesen war als der Profit des Einzelnen. Und so thematisiert Barack Obama die in der US-amerikanischen Gesellschaft zunehmende Kluft zwischen Oben und Unten; denn „Jene ganz oben werden immer reicher; aber alle anderen haben mit wachsenden Kosten und sinkenden Löhnen zu kämpfen“. Washington habe sich vom Rest des Landes entfernt, es würde immer schlimmer jedes Jahr. Er erinnert an den monatelangen Streit um die Anhebung der Schuldenobergrenze, angeheizt durch die Blockade der Republikaner.

Er wandte sich mit der Bitte an das Plenum, endlich zu handeln und sich für die Verlängerung einer ermäßigten Lohnsteuer einzusetzen: „Stimmt jetzt zu, ohne Drama, lasst uns das ermöglichen.“ Die Lage der Nation werde dann wieder stärker. Er werde dabei „mit jedem hier zusammenarbeiten, um den Schwung zu nutzen“, und fügt mit hartem Blick hinzu: „Aber Verhinderer werde ich bekämpfen.“

Einer seiner einflussreichsten Gegner im Wahljahr 2012 ist Mitt Romney, der Multimillionär und gegenwärtige Favorit unter den Bewerbern der Republikanischen Partei zur Präsidentenwahl am 6. November. Nach seinem Vorwahlsieg im Bundesstaat Florida erklärte Romney vor seinen Anhängern: „Während wir diesen Sieg feiern, dürfen wir nicht vergessen, worum es in dieser Wahl eigentlich geht: Barack Obama schlagen.“ Denn der wolle das Land so transformieren, dass es die Bürger nicht mehr wiedererkennen, während er, Romney, mit seiner privatwirtschaftlichen Erfahrung für einen ausgeglichenen Haushalt sorgen und „Amerikas Seele“ retten werde“.

Zwei Standbeine hält Obamas für seine Vision von ausschlaggebender Bedeutung:

Erstens - Fairness als Grundmotiv. Allein dadurch sei mehr wirtschaftliche Gerechtigkeit für die Mittelklasse und die sozial Schwachen möglich: „Wir können uns entweder für ein Land einsetzen, in dem es einer schrumpfenden Zahl von Leuten wirklich gut geht, während eine wachsende Zahl von Amerikanern kaum über die Runden kommt – oder wir können die Wirtschaft wieder auf Vordermann bringen, so dass jeder eine faire Chance erhält, jeder seinen fairen

Beitrag leistet und für jeden die gleichen Regeln gelten.“ Bei dem Grundsatz 'fair zu sein und zu handeln', zielte er auf die Ausnutzung der widersprüchlichen Lage im konservativen Lager der gegenwärtigen Gesellschaft in den USA. Während führende Republikaner nämlich Steuererhöhungen prinzipiell ablehnen, fragt sich der weitaus größte Teil der US-Bevölkerung, ob es fair sei, dass der republikanische Präsidentschaftsbewerber und Multimillionär Mitt Romney für seine millionenschweren Kapitalerträge nicht einmal 15 Prozent Steuern zahlen muss.

Als Schlussfolgerung unterstreicht Obama: Die Werte der Nation Amerikas müssen zurückerobert werden. Das bedeutet, dass die Bürger mit mehr Jahreseinkommen als einer Million Dollar mit 30 Prozent zu besteuern sind. Und damit können das riesige Staatsdefizit und der enorme Schuldenberg reduziert bzw. abgebaut werden.

Zweitens – soziale Gerechtigkeit: Erst dadurch existiere eine Blaupause für eine stabile Wirtschaft und für einen beständigen Aufschwung. In Bezug auf den Wahlkampf im Jahr 2012 heißt das: Er will auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit seine republikanischen Konkurrenten schlagen.

Dazu gehört, dass Obama den Kampf gegen die in den USA weiter anwachsende Einkommensungleichheit zu einem seiner zentralen Wahlkampfthemen gewählt hat.

Das Haushaltsbüro des Kongresses veröffentlichte im Herbst 2011 eine Studie, in der die Entwicklung des Einkommens vom reichsten Teil der Bevölkerung – ein Prozent – mit dem Einkommen des weitaus größten Teils der Bevölkerung verglichen wird. Während sich das Einkommen des einen Prozents der Bevölkerung seit 1979 fast verdreifachte, hat sich das der breiten Bevölkerung kaum verändert.

Budget-Entwurf der Regierung für das Haushaltjahr 2013, verbunden mit der Haushaltplanung bis 2021

Der von Präsident Obama Anfang Februar 2012 vorgelegte und am 13. Februar vor Studenten begründete Budget-Entwurf der Regierung für das Haushaltsjahr 2013, verbunden mit der Haushaltplanung bis 2021, fand bei der Öffentlichkeit, bei Haushaltsexperten und in der Medienwelt eine fast gleichartige Bewertung. Es handelt

sich um ein Dokument, in dem sich gemäß Wahljahr 2012 die Auseinandersetzungen im US-Kongress um den Haushaltplan und das Budget 2013, das am 1. Oktober 2012 beginnt, widerspiegeln.

Rainer Rupp, seit vielen Jahren ein bekannter und hoch geschätzter Analytiker des politischen Systems der USA, hat seine kritische Einschätzung mit folgender treffsicheren Überschrift versehen: „Obamas Kampfetat. Aufregung in Washington über 'Wahlkampftrick' des Präsidenten. Dessen Haushaltsentwurf ist zwar unrealistisch, bringt aber die Gegner in die Bredouille.“ (Jungen Welt vom 16. Februar 2012)

Der Präsident wählte für seinen Auftritt ein spezielles Publikum aus. Es waren Studenten des Northern Virginia Community College in Annandale im US-Bundesstaat Virginia. Die Lehrveranstaltungen an diesem College sind vorrangig auf das Gebiet der vorberuflichen Ausbildung ausgerichtet, für das im Budgetentwurf der Obama-Regierung Fördermittel für die kommenden drei Jahre in Höhe von acht Milliarden Dollar vorgesehen sind. Diese „Bildungsoffensive“ soll dem Land helfen, wieder vermehrt Arbeitsplätze in der Industrie zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der Weltmacht USA zu stärken.

Staatshaushalt und Budget für das Haushaltjahr 2012 waren nur mit Hilfe eines überparteilichen Kompromisses zwischen den Abgeordneten und Senatoren beider Kongressfraktionen zustande gekommen. Hohe Auflagen zur Kürzung von Staatsausgaben, die Aufforderung, gegen die Staatsverschuldung anzugehen und erneut drohenden Katastrophen des Staates wie beispielsweise Zahlungsunfähigkeit rechtzeitig zu begegnen, sind nach wie vor aktuell.

Der Obama - Budgetentwurf für das Haushaltjahr 2013 sieht für die Ausgaben von 3,8 Billionen Dollar vor, dass fast ein Viertel aller Staatsausgaben auf Pump zu finanzieren wären. Die Neuverschuldung im Finanzjahr 2013 läge mit 901 Milliarden Dollar bei 5,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, so dass nach Obamas Finanzplanung erst im Jahr 2018 das Haushaltsdefizit auf die Drei-Prozent-Grenze beschränken würde. Bei einem solchen Trend würden bis zum Jahr 2021 die US-Gesamtschulden die Höhe von 18,7 Billionen Dollar erreichen. Das entspräche dann 76,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und wäre damit sogar eine Billion Dollar höher, als

das im September vergangenen Jahres prognostiziert worden war. Obamas neuer Stabschef im Weißen Haus, Jack Lew, der frühere Budget-Direktor im Weißen Haus, erklärte dazu: „Die Zeit zum Sparen ist nicht heute.“

Grundlegend unterschiedliche Stellungnahmen zum Sozialsystem und zur Problematik, woher die höheren, unbedingt notwendigen finanziellen Mittel für das Budget 2013 kommen sollen, prägen die gegenwärtigen Auseinandersetzungen: Die Republikaner bestehen auf weitere massive Einschnitte in das Sozialsystem bei gleichzeitig prinzipieller Forderung von Steuersenkungen. Die Demokraten mit ihrem amtierenden Präsidenten dagegen wollen das soziale Sicherungsnetz vor allem für Bürger der Mittelschicht weitgehend intakt halten (zumindest für 2013 einige Erleichterungen gewähren) und fordern unbedingte Veränderungen im Steuersystem in Richtung Erhöhung – Einführung einer Reichensteuer und 30 Prozent Mindeststeuer bei Jahreseinkommen von mehr als einer Million Dollar.

Die umstrittenen Positionen im US-Staatshaushalt und speziell über Höhe und Verwendungsmöglichkeiten der Budgetmittel werden den Wahlkampf weiter ganz bedeutsam bestimmen und Kompromisse herausfordern.

So sind – zusammengefasst – die von Obama verkündete neue Militärstrategie, die in der Rede an die Nation von ihm entwickelte Vision einer sozialgerechteren US-Gesellschaft und der von ihm vorgelegte Budgetentwurf auch als Versuch zu bewerten seinen Wahlkampf gegen die starke Opposition der Republikaner um die Wiederwahl als Präsident der USA am 6. November 2012 weiter zu profilieren.

Auseinandersetzungen um die Gesundheitsreform als Teil des Wahlkampfes

Wie ist die Lage?

Präsident Obama gelang es im März 2010 mit Hilfe eines noch von den Demokraten mehrheitlich geführten Kongresses, die Gesundheitsreform zu verabschieden, allerdings nur mit einer hauchdünnen 7-Stimmen-Mehrheit. Alle republikanischen und 34 demokratische Kongressmitglieder stimmten dagegen. Das Kernstück bildete die Krankenversicherung für alle Bürger der USA als Pflichtleistung. In den Darstellungen der Medien war es ein Jahrhundert-

Gesetz ähnlich wie die Entscheidungen zur Aufhebung der Rassentrennung 1954.

Trotz Rekordausgaben im Gesundheitssystem leben über 30 Millionen US-Amerikaner ohne Krankenversicherungsschutz, d.h. sie sind weder privat krankenversichert, noch können sie im Krankheitsfall staatliche Hilfe beanspruchen. Mit diesem für die USA peinlichen Zustand sollte nun Schluss sein. Obamas Gesundheitsreform sieht vor, dass sich die Bürger ab 2014 eine Versicherung zulegen oder Strafe zahlen müssen.

Seit den Niederlagen der Demokraten bei den Kongresswahlen 2010, dem Gewinn der Mehrheit im Repräsentantenhaus durch die Republikaner und den Stimmenzuwächsen der Republikaner im Senat steht die Forderung der Republikaner nach Rücknahme und Liquidation der Obama - Gesundheitsreform auf der Tagesordnung des Kongresses, weil damit den US-Amerikanern angeblich die durch die Verfassung garantierten Freiheitsrechte des Einzelnen verletzt und verwehrt worden wären. Diese Forderung bestimmt nun auch die politischen Auseinandersetzungen in diesem Jahr, dem Jahr der Wahl eines neuen Präsidenten.

Der Oberste Gerichtshof soll nunmehr über die Rechtmäßigkeit der Gesundheitsreform entscheiden, d. h. ob der Staat seine Bürger zwingen darf, eine private Krankenversicherung abzuschließen.

Das endgültige Urteil wird für Juni 2012 erwartet: Es wird schon heute, wie Korrespondent Max Böhnelt im 'neuen deutschland' vom 30. März 2012 auf Seite 6 berichtet, als das wichtigste Urteil der obersten Gerichtsstanz der Vereinigten Staaten seit Jahrzehnten bezeichnet. Noch nie hatte das Gremium so lange Pro- und Kontrastimmen zu einem Thema angehört.

Es wird eine schicksalhafte Entscheidung sein, die maßgeblichen Einfluss auf die Wahl eines neuen Präsidenten haben wird.

Zur Finanzierung des Wahlkampfes der Präsidentschaftskandidaten im Jahr 2012

Im Jahr 2010 hat der Oberste Gerichtshof der USA entschieden, dass nunmehr Konzerne, Interessengruppen und reiche Einzelpersonen unbegrenzt und unreguliert viel Geld in den Wahlkampf der Präsidentschaftskandidaten stecken dürfen, vor allem über sogenannte „Super PACs“ - PAC steht für „Political Action Comitee“.

Auf dem Papier handelt es sich dabei um unabhängige, private Lobbygruppen, die theoretisch über ein grenzenloses Budget verfügen. Bekannt wurde diese neue Organisationsform von Sponsoren für Wahlgelder vor allem durch die Bereitstellung von Millionen Dollar zur Fernsehwerbung im republikanischen Vorwahlkampf 2010/2011.

Über die Haltung von Präsident Barack Obama zu „Super PACs“ wurde bekannt, dass er anfangs, d. h. vor zwei Jahren, darin auf eine bestimmte Gefährdung der Demokratie aufmerksam machte. Inzwischen soll er sich damit abgefunden haben und sich in der Richtung revidiert haben, dass damit auch bestimmte Möglichkeiten für seine Interessenvertretung erschlossen werden könnten. Er kooperiert inzwischen mit „Super PACs“. Seinen großzügigsten Spendern empfahl er, dem Super PAC namens „Priorities USA Action“ zu unterstützen.

Am 5. März 2012 veröffentlichten über SPIEGEL ONLINE die beiden erfahrenen Journalisten Sebastian Fischer aus Washington, D. C., und Marc Pitzke aus New York einen gemeinsamen Beitrag mit der Überschrift **„Geld regiert die Politik“**, in dem sie auf zwei ganz entscheidende Konsequenzen hinweisen:

1. „Der US-Präsidentschaftswahlkampf 2012 wird der teuerste und brutalste aller Zeiten werden. Allein Obama hofft auf eine Milliarde Dollar an direkten Wahlspenden, rund 250 Millionen Dollar mehr als vor vier Jahren. Die Republikaner dürften kaum weniger aufbringen. Wie rüde dabei der Umgangston sein wird, zeigen bereits die Vorwahlen der Konservativen, die zur beispiellosen Schlammschlacht verkommen sind, bei der Wahrheit und Fairness nichts mehr zählen.“
2. „Die wirklich entscheidenden Summen aber, fließen längst woanders, abseits der staatlich regulierten Kanäle. ... Ihre TV-Spots überschreiten meist die Grenzen des politischen Anstands und sind viel effektiver als die offiziellen, zahmeren Auftritte der Kandidaten selbst... Sobald der Vorwahlkampf zu Ende ist und nur noch einer der vier Republikaner-Bewerber steht, dürften deren Super PACs ihre Schlagkraft bündeln – gegen Obama. Super PAC „Anyone But Obama“ (Jeder außer Obama) will eine

Viertelmilliarde Dollar mobilisieren, um Obama aus dem Weißen Haus „zu kegeln.“

Anfang März 2012 sind bei der Bundeswahlbehörde in Washington insgesamt 328 Super PACs registriert. Diese vertreten nicht nur die Interessen von einzelnen Politikern oder Kandidaten, sondern auch die Interessen von einer unübersehbaren Vielzahl von Verbänden, Organisationen und Gewerkschaften.

Die PACs der Kandidaten erhielten ihre Namen:

- BARACK OBAMA - „Priorities USA Action“
- MITT ROMNEY - „Restore Our Future
- NEWT GINGRICH - „Winning Our Future““
- RICK SANTORUM - „Red, White and Blue Fund“
- RON PAUL . - „Endorse Liberty“

Spendeneinnahmen per 31. Januar 2012 in Millionen US-Dollar

Name	Bisherige Spenden-Kampagne	Unterstützungskomitee (Super-PAC)
Barack Obama	140,2	4,5
Mitt Romney	63,4	36,8
Newt Gingrich	18,3	13,1
Ron Paul	31,1	3,4
Rick Santorum	6,7	2,8

Quelle: Berliner Zeitung vom 7. März 2012, S. 2

Wahlkampffinanzierung des Kandidaten Barack Obama und des Bewerbers Mitt Romney. (Angaben bis Ende 2011, gerundet und in Mio. US-Dollar):

	Barack Obama	Mitt Romney
Spenden insgesamt	125	56
Schulden	3	Keine
Größe der Spenden:		
- bis 200 \$	74	6
- bis 499 \$	9	1,6
- bis 999 \$	9	3
- bis 1.999 \$	10	8
- mehr als 2.000 \$	34	37

Regionen mit den meisten Spenden:		
- Californian	12	6,8
- New York	7,4	6,6
- Illinois	3,9	-
- Massachusetts	3,6	3,3
- Florida	3,3	4,6
- Texas	-	3
- Utah	-	2,3
Wichtige Spender :		
- Rentiers	10	6
- Business (verschiedene)	6,6	3
- Anwälte und Lobbyisten	5,7	3
- Bildung	3	-
- Finanzen/Versicherungen	2	6
- Immobilien	-	2,4
- Computer/Internet	2	-

Quelle: n-tv.de vom 16.02.2012

Die Übersichten vermitteln Vergleiche zwischen beiden großbürgerlichen Parteien auf dem Gebiet der Wahlkampffinanzierung ihrer jeweiligen Kandidaten bzw. Bewerber für den 6. November 2012. Wir erkennen sowohl ihre Stärken als auch ihre Schwächen. Aber in den bis zum Wahltag verbleibenden neun Monaten kann sich im Wahlkampf noch manches ändern.

In der „New York Times“ erschienen im Januar 2012 einige vergleichende Berichte über die „eifrigen Geldsammler“ der Republikanischen und der Demokratischen Partei verbunden mit dem Ergebnis, dass die republikanischen Lobby-Gruppen bis Ende Januar erfolgreicher als die demokratischen tätig waren. Sie bekamen in der ersten Phase des Wahlkampfes mehr als viermal so viel Geld zusammen wie ihre demokratischen Gegner.

Beim Vergleich Obama und Romney wird deutlich, dass Obama lt. New York Times im vergangenen Jahr sogar 140 Millionen Dollar an Spenden gesammelt haben soll, aber Romney nur 56,9 Millionen Dollar an Spenden erreichen konnte, wie die unabhängige US - Nichtregierungsorganisation „Center for Responsive Politics“ feststellte.

Obama setzte nicht nur auf Großspender, sondern die Demokraten schufen sich ein großes flexibles Netz von Unterstützern, die

Schecks bis zu 2 500 Dollar bei ihren Bekannten und Freunden einsammelten. Obama nannte Ende Januar 2012 insgesamt 90 Namen von Einzelpersonen, die seinem Wahlkampf ganz speziell Geldspenden zur Verfügung stellten. Und wichtig ist hervorzuheben, dass diese Spender seine potenziellen November-Wähler sein werden.

Im Vorwahlkampf der Republikaner am 6. März 2012, dem sogenannten „Super Tuesday“, stand der erste Höhepunkt an. Die Republikanische Partei erhoffte sich von der gleichzeitigen Abstimmung in zehn US-Bundesstaaten eine Vorentscheidung im Kampf um die Präsidentschaftskandidatur. Es wurde ein echter Härtetest und ein aussagekräftiges Ergebnis für die vier Obama- Herausforderer: Mitt Romney, Rick Santorum, Newt Gingrich und Ron Paul. Insgesamt 437 Delegierten-Stimmen zum August-Parteitag der RP waren zu gewinnen von 1144 Stimmen der Wahlmänner und -frauen, die für die Nominierung mindestens gebraucht werden. Romney verfügt nunmehr über 371 Delegiertenstimmen, gefolgt von Santorum mit 155, Gingrich mit 101 und Paul mit 60 Stimmen.

Wahrscheinlich wird sich Mitt Romney als Präsidentschaftskandidat der US-Republikaner durchsetzen, wird Obama ohne parteiinternen Herausforderer im November antreten.

Unter dem Titel „Zur Lage der Nation. Die Ungleichheit in den USA wird unerträglich. Arbeitslöhne sinken. Superreiche zahlen kaum Steuern. FAKTEN UND STIMMEN aus einem zerrissenen Land“ veröffentlichten Anuschka Tomat und Giuseppe Grazia eine Dokumentation. ('stern', Nr. 11 vom 8. März 2012, Seite 48/49).

Eingeleitet wird diese Dokumentation mit folgender Bewertung des gegenwärtigen Zustandes 'Zur Lage der Nation': „Auf den ersten Blick scheint es wie immer zu sein. Amerika zeigt sich widerstandsfähig. Die Wirtschaft erholt sich langsam von der großen Krise. Im letzten Quartal 2011 kletterte die Wachstumsrate auf 3 Prozent. Die Arbeitslosenquote liegt nun bei 8,3 Prozent, was der niedrigste Wert seit fast drei Jahren ist. Doch dieser kleine, wackelige Aufschwung ändert nichts an den grundlegenden Problemen, die die USA haben. Der Niedergang der Mittelklasse und die neue Armut wurden nicht erst durch die Finanzkrise verursacht, beides begann bereits vor etwa 20 Jahren. Diese Entwicklung hat in den USA so unterschiedli-

che Phänomene hervorgebracht wie die Tea-Party- und die Occupy-Wallstreet-Bewegung. Während Occupy seine Wut auf die habgierigen Banken und auf ein ungerechtes Wirtschaftssystem richtet, greifen die Tea-Party-Aktivisten die verschwenderischen Politiker und die Eliten an. Was beide eint, ist der Gedanke, dass der gewöhnliche Amerikaner nicht mehr die gleichen Chancen auf den Aufstieg hat wie früher.“

Im ersten Teil der Dokumentation werden statistische Angaben zusammengefasst und interpretiert, die die gewachsene und ständig zunehmende Ungleichheit zwischen reich und arm in den USA charakterisieren:

- Zwischen 1979 und 2007 steigerten die Superreichen ihre Einkünfte um 390 Prozent, die unteren 90 Prozent der Bevölkerung der USA im gleichen Zeitraum hingegen nur um ganze 5 Prozent.
- Im Durchschnitt verdiente ein Vorstandschef eines großen US-Unternehmens im Jahr 2011 ganze 343-mal mehr als ein Arbeitnehmer. 1980 waren es nur 42-mal so viel.
- Zwischen 2008 und 2010 zahlten ZWÖLF DER GRÖSSTEN KONZERNE, darunter General Electric, Exxon Mobil und Verizon, zusammen trotz 175 Milliarden Dollar Gewinn KEINE STEUERN.
- Präsident Barack Obama entrichtete 2010 auf sein Einkommen von 1,7 Millionen Dollar insgesamt 26,8 PROZENT STEUERN. Der republikanische Präsidentschaftsbewerber und Multimillionär Mitt Romney hingegen zahlte von seinem Jahreseinkommen als Chef eines Unternehmens von 21,6 Millionen Dollar nur 14 PROZENT STEUERN.

In einem zweiten Block der Dokumentation wird der Abstieg der Mittelklasse in den USA geschildert. Zur Mittelklasse gerechnet werden etwa 30 Prozent der US-Bevölkerung. Deren Abstieg wird vor allem anhand der Veränderungen im Haushalteinkommen und durch abnehmende durchschnittliche Arbeitslöhne nachgewiesen. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die zunehmende Schuldenlast dieser Familien gelenkt: Seit 1994 ist die Schuldenlast der privaten Haushalte um 150 Prozent gestiegen, nicht eingeschlossen die Schulden für Immobilien. Wegen gestiegener Lebenshaltungskosten, sinkender Löhne und Erhalt des Lebensstils (für Auto, Urlaub u. a.) sowie wegen finanzieller Sicherheit für Ausbildung und Studium ihrer Kinder belasten hohe Kredite die meisten Haushalte.

Den letzten Block ihrer Dokumentation widmen Anuschka Tomat und Guiseppa Grazia DER NEUEN ARMUT IN DEN USA:

- Im Jahr 2000 lebten nach ihren Berechnungen insgesamt 15,1 Prozent, d. h. 46,2 Millionen US-Amerikaner, in Armut. Diese Zahl stieg damit das vierte Jahr in Folge. Besonders hoch war die Armutsrate unter afroamerikanischen US-Bürgern (27,4 Prozent) und der hispanisch-stämmigen Bevölkerung (26,6 Prozent).
- Die Durchschnittskosten für einen Studenten an einer öffentlichen Universität betragen jährlich 16.000 Dollar, an einer privaten Hochschule 37.000 Dollar. Etwa zwei Drittel aller Studenten sind nach ihrem Studium hoch verschuldet.
- Die Kosten für eine College-Ausbildung stiegen seit 1978 um 900 Prozent. Und 17 Millionen US-amerikanische Bürger mit einem College-Abschluss arbeiten in Jobs, für die sie eigentlich keinen solchen Abschluss benötigen. Der Anteil der „niedrig bezahlten Jobs“ liegt in den USA gegenwärtig bei 41 Prozent.
- Vom sprichwörtlichen „AMERIKANISCHEN TRAUM“ ist laut Umfrage nicht mehr viel übrig geblieben: Chancengleichheit wird nur noch von 50 Prozent der Befragten erwartet, für 43 Prozent existiert er nicht mehr und 7 Prozent „weiß nicht“ etwas damit anzufangen.

Mit dieser Dokumentation werden auch exakte Antworten gegeben auf die von Harry Belafonte in dem nachfolgenden Interview benannten 'fundamentalsten Übel' in der heutigen Gesellschaft der USA.

Der weltweit bekannte, hoch geachtete und mehrfach geehrte Künstler, Musiker, Sänger, Filmschauspieler und konsequente Friedenskämpfer seit den 60er Jahren Harry Belafonte gab im März 2012 anlässlich seines 85. Geburtstages ein in mehrerer Hinsicht stark zu beachtendes Interview, in deutscher Sprache nachzulesen in der Sonntagsausgabe „Der Tagesspiegel“ vom 11. März 2012 auf Seite S1. Die dabei geäußerten Einschätzungen zu der von Präsident Barack Obama bezogenen Position in solchen politischen Grundfragen unserer Zeit wie Armut und Ungleichheit beeindrucken durch ihren klaren und konsequent bürgerrechtsbezogenen kritischen Inhalt.

Auf die Feststellung von Interviewer Sacha Verna „Sie klingen sehr enttäuscht“, reagiert Harry Belafonte:

„Ich bin von Barack Obama nicht menschlich enttäuscht. Ich kenne ihn nicht besonders gut, ich weiß nicht, welche inneren Werte er hat. Aber von Barack Obama als Präsident dieser Nation: Ja, von ihm bin ich enttäuscht. Für mich zählt nicht sein Beitrag zur Bewältigung von politischen Alltagsproblemen. Für mich zählt, was er zur moralischen Verbesserung unserer Gesellschaft beiträgt. Mich quält, dass er eine tiefere moralische Überzeugung vermissen lässt. Ich denke an die Folter von Gefangenen, an das kaputte Justizsystem, an das Schicksal der Armen in diesem Land und in anderen Ländern. Obama mag die Probleme der Mittelschicht und der Banken lösen, aber so lange er sich den Problemen der Armen nicht stellt, ist nichts wirklich gelöst.“

Was soll Barack Obama Ihrer Meinung nach tun?

„Wir leben in einer Zeit, deren ökonomische Philosophie die Ausbeutung der Armen vorschreibt. Die Ausbeutung der Armen hält den Kapitalismus am Laufen. Dagegen hat sich Barack Obama niemals ausgesprochen. Er hat sich nie leidenschaftlich für die Armen eingesetzt. Daher hat er in meinen Augen versagt.“

Dabei wird Obama von vielen Amerikanern als 'Sozialist' titulierte.

„Obama ist weit davon entfernt, ein Sozialist zu sein. Ich finde das schade. Wir haben den Sozialismus dämonisiert und ihn mit Stalinismus gleichgesetzt. Aber was wir heute für Demokratie halten, basiert in Wirklichkeit auf den Vorstellungen einiger weniger Mächtiger. Und wenn diese Mächtigen ihren Tribut einfordern, werden sie alles zerstören: die Reichen, die Armen, die Schwarzen, die Weißen, die Kommunisten und die Katholiken. Macht korrumpiert, und totale Macht korrumpiert total.“

Sie haben einmal gesagt, Widerspruch sei entscheidend für jede Demokratie.

„Es gibt keinen Widerspruch mehr in Amerika. Die Liberalen, die Konservativen, die Mitte. Sie führen keine wahren Debatten. Wörter diskutieren sie, wenn sie nicht über die vier Milliarden Menschen reden, die auf der Welt in Armut leben, über Kinder, die sogar hier in Amerika Hunger leiden?“

Worüber?

„Über nichts. Über das eine Prozent der Reichen. Das ist lächerlich. Gegen Ende seines Lebens sagte Martin Luther King einmal, wir würden uns in ein brennendes Haus einmieten. Wir waren bei mir zu Hause und planten eine Strategie für die Poor People's Campaign.“

...die 1957 initiierte Kampagne für Arbeit, Wohnungen und wirtschaftliche Gerechtigkeit für die Armen...

„...und es ging Martin nicht gut. Wir erschrakten. Was meinst du damit, fragten wir. Und wenn wir uns in ein brennendes Haus einmieten, was sollen wir tun? Martin sagte: Wir müssen Feuerwehrleute werden. Diese Metapher ist mir geblieben. Schauen Sie nach Syrien, Birma, Malaysia, Lateinamerika, USA. Das Haus brennt. Unsere Gesellschaft befindet sich in einem Sodom- und Gomorrah-Moment. Das Böse frisst uns auf. Und wir müssen Feuerwehrleute werden, denn wir sind die einzigen, die das Feuer löschen können.“

Nach Harry Belafonte ist die Kunst wie Politik die einzig wahre Waffe des Guten. Bruce Springsteen fragte, warum er auf diese Idee gekommen ist. „Weil es oft an meine Tür klopft. Wenn ich öffne, steht da manchmal jemand mit einem Anliegen, für das es sich lohnt, sich zu engagieren. Ich habe die Freundschaft von Leuten wie Paul Robeson, Eleanor Roosevelt, Martin Luther King oder Nelson Mandela nicht gesucht. Diese Freundschaften haben sich ergeben, weil ich auf ein Klopfen geantwortet und erkannt habe, dass ich diesen Menschen und ihrem wichtigen Anliegen dienen kann.“

Harry Belafonte erinnerte an die Unterdrückung von Minderheiten und deren Bedeutung für Gegenwart und Zukunft: „Doch wenn wir als mächtigste Nation der Erde die Unterdrückung von Minderheiten – aller Minderheiten – nicht endlich zum Thema machen, haben wir als Gesellschaft versagt. Wir haben einen schwarzen Präsidenten. Aber viele sind verbittert und wünschen sich Barack Obama weg. Weil er es bisher versäumt hat, die fundamentalsten Übel anzugehen, nämlich Armut und Ungleichheit.“